**Kita-Studie**

Antworten auf die häufigsten Fragen

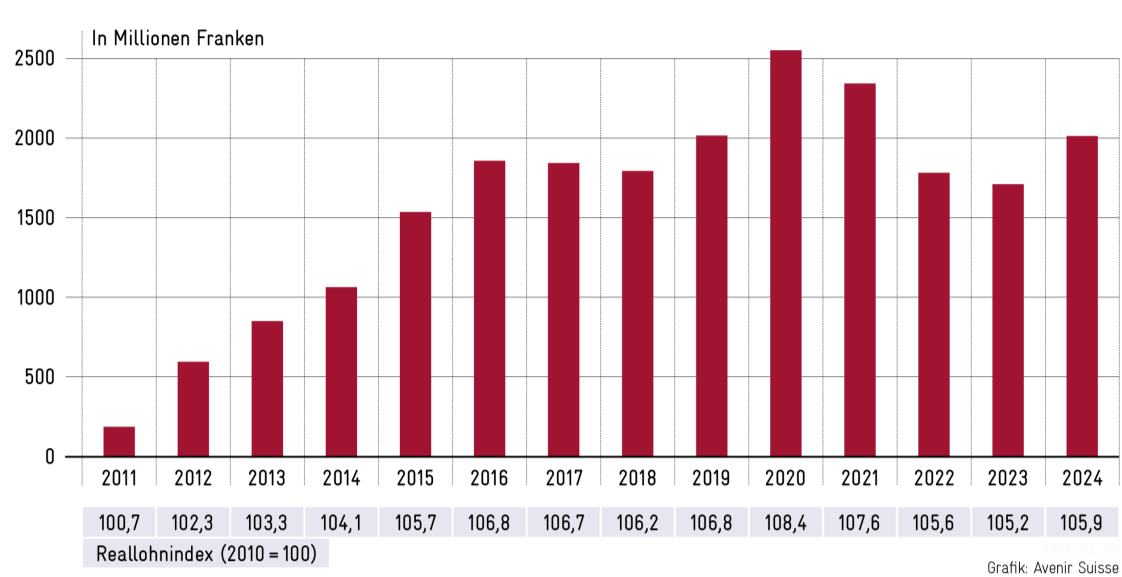
Vergangenen Monat haben wir [unsere Analyse zur Kita-Politik](#) veröffentlicht. Das hat diverse Reaktionen hervorgerufen. Patricia Schafer und Agustina Rodriguez haben diese analysiert. In ihrem neuen Beitrag beantworten sie die [sechs häufigsten Einwände](#) zur Studie.

Neues «Essential»

Die stille Steuererhöhung

Warme Progression bei Bund und Kantonen gegenüber 2010

Die *Städte zeigen, welchen Effekt die warme Progression gegenüber dem Jahr 2010 auf die Steuerlast der folgenden Jahre hatte. Dargestellt ist die zusätzliche Steuerlast auf Bundes-, Kanton- und Gemeindeebene im Vergleich zu einem Szenario ohne warme Progression.*



Die warme Progression führt bei steigenden Einkommen im Lauf der Zeit automatisch zu einer steigenden Fiskalquote. Die Effekte gehen schnell in die Milliarden und lasten auf dem Mittelstand. In unserem [neuesten Essential](#) zeigt Lukas Rühli, wie dies auf allen drei Staatsebenen einfach und unbürokratisch zu kompensieren wäre.

Die Zahl

60 Millionen Franken

Der Staat will chronischen Krankheiten vorbeugen, indem er gegen den übermässigen Konsum von Produkten wie Tabak, Alkohol und Zucker vorgeht. Gleichzeitig unterstützt der Bund die Produktion und den Verkauf ebendieser Produkte mit Millionenbeträgen. Insgesamt belaufen sich die Subventionen dafür auf 60 Millionen Franken. (*DIT / EMD*)

Künstliche Intelligenz

Was wir vom Geldautomaten über die Zukunft der Arbeit lernen können

Neue Technologien übernehmen meist einzelne Tätigkeiten, nicht ganze Jobs. Exemplarisch zeige das die Einführung der Geldautomaten in den 1970er Jahren, schreibt Patrick Leisibach. Dabei könne auch etwas über die Entwicklung der Beschäftigung gelernt werden, schreibt er in seinem [Editorial für das Magazin «Future of Work»](#).

Pressechau

Avenir Suisse in den Medien

Wohnpolitik: Die neue Stadtzürcher Bau- und Zonenordnung (BZO) könnte mehr Abbrüche und Verdrängung verursachen, befürchten einige Fachleute. Sie empfehlen, Abrisse gesetzlich zu erschweren und das Aufstocken alter Gebäude zu fördern. Marco Salvi hält im [«Tagesanzeiger»](#) dagegen. Er betont die Notwendigkeit von Neubauten, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen und den Preisdruck zu mindern.

Bürokratie: Der Genfer Nationalrat Roger Golay hat eine parlamentarische Initiative für unsere Idee einer jährlichen [«Löschwoche»](#) eingereicht, berichtet [«Blue News»](#). In dieser Woche sollen unnötige und überholte Vorschriften gestrichen werden. Fast ein Viertel aller Nationalratsmitglieder habe den Vorstoss unterschrieben, und die Initiative dürfte gute Chancen haben.

Direkte Demokratie: Im Kanton Baselland genügt weniger als ein Prozent der Stimmbevölkerung, damit eine Initiative oder ein Referendum zustande kommt. Ein Vorstoss fordert nun, die Unterschriftenhürde zu erhöhen, um die Flut an Initiativen einzudämmen. Zwischen der hohen Anzahl an Vorlagen und der tiefen Hürde bestehe ein klarer Zusammenhang, sagt Lukas Rühli im [«SRF Regionaljournal Basel»](#). Ziel der direkten Demokratie sei zudem nicht Quantität, sondern eine qualitativ hochwertige und gut informierte Mitwirkung.

Lohnprozentbremse: Die Gewerkschaftszeitung «Work» (Print) argumentiert, dass die Lohnbeiträge der Arbeitgeber in den vergangenen Jahren gesunken seien und eine Erhöhung zur Finanzierung der 13. AHV-Rente deshalb tragbar sei. Kritisch äussert sich das Blatt gegenüber Avenir Suisse und der vorgeschlagenen [Lohnprozentbremse](#). Diese würde die demokratische Hürde für zusätzliche Lohnbeiträge erhöhen und den Anreiz begrenzen, neue Sozialausgaben über die Lohnabrechnung zu finanzieren.

Freiheitsindex: Im Interview mit dem Magazin «Leader» (Print) zitiert der Präsident des Hauseigentümergebietes St. Gallen aus unserem [Freiheitsindex](#): Der Kanton liege bei der Dauer bis zur Baubewilligung nur auf Rang 15 schweizweit. Das Architektur-Magazin «Hochparterre» (Print) schreibt derweil, dass die Bearbeitungszeit in Uri nur rund zwei Monate betrage, in Genf hingegen über ein Jahr.

Nachhaltigkeit: Der Gegenentwurf des Bundesrates zur Konzernverantwortungsinitiative belaste KMU zusätzlich, kritisiert der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes in der [«Gewerbezeitung»](#). Avenir Suisse habe in [einer Analyse](#) gezeigt, dass gerade auf KMU hohe Kosten zukommen würden, wenn die Berichterstattungspflichten ausgeweitet werden.

Zuwanderung: Jährlich werden in der Schweiz rund 40 000 Personen eingebürgert – in den 1970er- bis Mitte der 1990er-Jahre waren es noch etwa 10 000. Das kann man [unsere Blogserie zur Migration](#) entnehmen, auf welche die [«Weltwoche»](#) in ihrer jüngsten Ausgabe verweist.

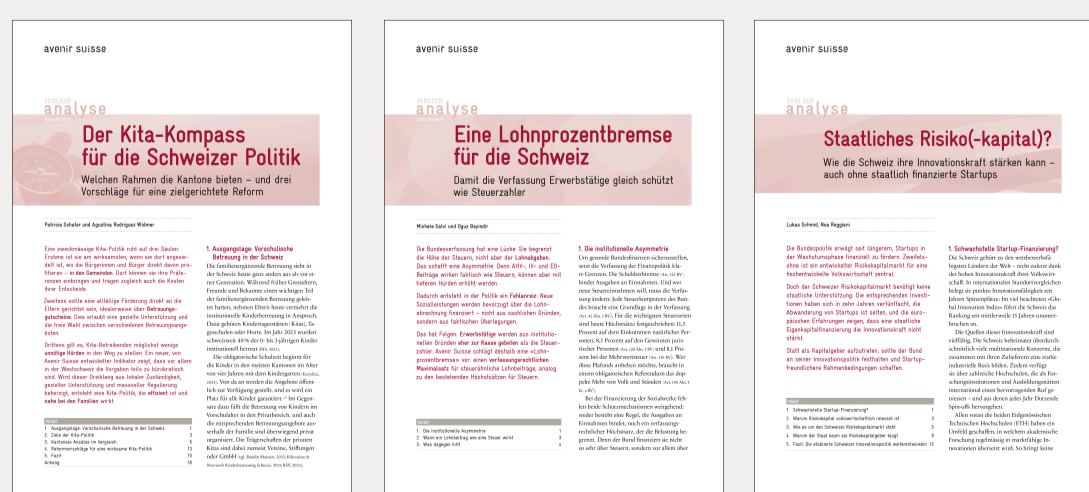
Kitas: In [unsere Kita-Studie](#) schneidet der Kanton Wallis schlecht ab: Er weist nicht nur die drittstrengsten Vorschriften der Schweiz auf, sondern auch ein ineffizientes Finanzierungsmodell. Studienautorin Patrizia Schafer erklärt im [Regionalradio «Rottu»](#), dass Betreuungsgutscheine für Familien zielgenauer wären als direkte Subventionen für Kitas.

Newsletter weitergeleitet?

Wenn diese E-Mail an Sie weitergeleitet wurde, [melden Sie sich für den Avenir-Suisse-Newsletter](#) an, um über unsere neuesten Arbeiten auf dem Laufenden zu bleiben.

Wer wir sind?

[Avenir Suisse](#) erarbeitet als unabhängiger Think-Tank marktwirtschaftliche, liberale und wissenschaftlich fundierte Ideen für die Zukunft der Schweiz.

Unsere aktuellen Publikationen

[Kita-Kompass für die Schweizer Politik](#)

[Lohnprozentbremse für die Schweiz](#)

[Staatliches Risiko\(-kapital\)?](#)

Newsletter verpasst?

Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).

